



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Dienstag, 01. April 2008



1. Knöllchen ohne Grenzen

Bei Verkehrsverstößen sollen EU-weit alle Schranken fallen. Ein grenzüberschreitendes elektronisches Informationssystem mit gemeinsamen Standards, das in allen 27 Ländern der Union verwendet wird, soll dafür sorgen, dass Verkehrssünder innerhalb der EU besser bestraft werden können. Der Staat, in dem gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen wurde (Deliktstaat), sendet die Registriernummer des Fahrzeugs an das Heimatland des Halters (Halterstaat) und fragt alle notwendigen Informationen über den Fahrzeughalter ab. In dem geplanten EU-Informationssystem sollen alle Geldbußen erfasst werden, die wegen Alkoholdelikten, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Fahren ohne Gurt und dem Überfahren von roten Ampeln erteilt wurden. Ob Europa für das geplante Gesetzesvorhaben - dem die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament noch zustimmen müssen - zuständig ist, oder das Subsidiaritätsprinzip in Verkehrsfragen verletzt wird, dürfte im Rahmen der Beratungen eine Rolle spielen.

2. Misshandlung älterer Menschen

Ältere Menschen sind von Vernachlässigung und Gewalt bedroht. Das ist das erschreckende Ergebnis einer europaweiten Umfrage. Dabei geht es um physische Bedrohung, sexuelle Übergriffe, psychologischer Missbrauch, Vernachlässigung oder Diebstahl. 47 % der EU-Bürger vertreten die Auffassung, dass solche Vorkommnisse in ihrem Land häufig sind und sich das Problem mit zunehmender Bevölkerungsalterung noch verschärfen wird. Der Eurobarometer-Umfrage zufolge glauben das in Deutschland immerhin 42 %. In Schweden und Zypern sehen weniger als 20 % gravierende Missstände, in Rumänien eine überwältigende Mehrheit von 86 %. Laut Eurobarometer wissen die Menschen auch genau, was dagegen zu tun ist: Strenge Kontrollen und schwere Strafen bei Misshandlung, bessere Ausbildung und mehr Geld für das Personal. Erste Reaktionen auf diese Missstände sind zu erkennen: Es werden die in der Pflege Tätigen und Angehörigen unterstützt und u. a. gezielte Schulungsmaßnahmen angeboten; zum Schutz der Alten werden ferner Selbsthilfegruppen gegründet, Krisentelefone eingerichtet und transparente, am Patientenbedarf orientierte Systeme zur Überwachung der Qualität der Langzeitpflege aufgebaut.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/452&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ein Diskussionspapier vom 12.3.2008 "Welchen Beitrag kann die Europäische Union leisten, um ein Altern in Würde zu fördern und Gewalt gegen ältere Menschen vorzubeugen?" auf Englisch (eine deutsche Version soll in Kürze verfügbar sein) unter

http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_situation/paper_elder_abuse_en.pdf

Alle Umfragewerte im Einzelnen leider nur auf Englisch in einem Spezial- Eurobarometer zum Thema Gesundheit und Langzeitpflege unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_283_en.pdf

3. (IT) Alterstechnik

Die Benutzbarkeit von Technik durch ältere Menschen ist Gegenstand eines EU – Forschungsprogramms. Im Mittelpunkt des vom Parlament am 13.3.2008 (erneut) verabschiedeten Forschungsprogramms zum „umgebungsunterstütztem Leben“ steht die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien durch ältere Menschen. Dabei geht es u.a. um die Handhabung der neuen Technologien bei Gedächtnisproblemen, eingeschränktem Seh- und Hörvermögen oder begrenzter Mobilität; auf die Wahrung von Würde und Privatsphäre soll dabei geachtet werden. Das Programm wird transnationale Forschungsprojekte auf Kostenteilungsbasis unterstützen; auch die Teilnahme und Mitfinanzierung von Projekten durch den privaten Sektor, besonders durch kleine und mittelständische Unternehmen, soll dabei gefördert werden. Es stehen insgesamt 150 Mio. EUR zur Verfügung.

4. Frauen in ländlichen Gebieten

Das Parlament will Situation von Frauen in ländlichen Gebieten verbessern. Mit einer Entscheidung vom 12.3.2008 wurde die Kommission aufgefordert, nach Geschlecht und Alter aufgegliederte Statistiken zu Armut und sozialer Ausgrenzung zu erstellen, die die Unterschiede zwischen Stadt und Land berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten sollen Strategien ausarbeiten, um die Abwanderung von Frauen aus ländlichen Gebieten zu stoppen. Das Parlament setzt sich auch für eine Registrierungspflicht für mitarbeitende Ehepartner ein und fordert Versicherungsleistungen für mitarbeitende Ehepartner z.B. hinsichtlich medizinischer Versorgung, Altersrente und Mutterschaftsgeld.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2008-0031+0+DOC+XML+V0//DE>

5. Forstindustrie

Die Kommission hat in einen 19-Punkte-Plan die Probleme der Forstindustrie dargelegt. Zentrales Ziel ist der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Forstindustrie und ihr Beitrag zur Klimaschutz- und Energiepolitik. Die Mitgliedstaaten, die Industrie und die Waldbesitzer werden aufgefordert, Auf- und Wiederaufforstung zu fördern und bei der Aufstellung nationaler Aktionspläne die unterschiedlichen Verwendungszwecke von Biomasse zu berücksichtigen. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung soll unterstützt werden. Zugleich wurde eine Studie angekündigt, die die Möglichkeiten der Erhöhung des Recyclingniveaus für Holzprodukte aufzeigt. Für die Waldbesitzer von besonderem Interesse ist die Ankündigung der Kommission, die Vor- und Nachteile des Vorschlags zu untersuchen, die Kohlenstoffspeicherung der Wälder in die EU-Klimapolitik einzubeziehen. Damit wird auf eine insbesondere auch von den deutschen Waldbesitzern erhobene Forderung reagiert, die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern zu honorieren. Deutschland hat bereits die Waldbewirtschaftung als zusätzliche Maßnahme zur Erreichung seiner Treibhausgasemissionsminderungsziele verbindlich gewählt (dazu umfassend in BT Drucksache 16/7612).

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/319&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Unerbetene Gäste

Termin 5.Mai 2008

Bisamratten und Riesenbärenklau gehören in Europa zu den unerbetenen Gästen. Diese und andere gebietsfremde invasive Tier- und Pflanzenarten (Neobiota und Neophyten) können die einheimische Flora und Fauna beeinträchtigen und der Natur und der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Deutschland beispielsweise gibt jährlich rund 44 Millionen Euro für die Beseitigung der durch Bisamratten und exotische Pflanzen wie Knöterich und Riesenbärenklau verursachten Schäden an Flussufern und Dämmen aus. Im Rahmen einer Internet-Konsultation werden Anregungen erbeten, wie dieses Problem gemeinschaftsweit am besten angegangen werden kann. Die Ergebnisse dieser Konsultation sollen für die Ausarbeitung von Maßnahmen dienen, welche die Kommission in einer Mitteilung Ende 2008 vorlegen wird. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/373&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Teilnahme an der Umfrage unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Invasive>

Zusätzliche Informationen zu gebietsfremden invasiven Arten:

http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/index_en.htm

7. Schulautonomie

Es gibt eine Übersicht zur Schulautonomie in Europa. Erfasst sind die Bereiche der Primärstufe sowie der Sekundärstufe I auf der Grundlage des Datenmaterials für das Schuljahr 2006/2007. Die vom Informationsnetzwerk EURYDICE vorgelegte Studie ist u.a. den Fragen nachgegangen, über welche Kompetenzen Einzelschulen in verschiedenen Mitgliedstaaten verfügen, wer dort Entscheidungen trifft und wie sie gesteuert werden. Festgestellt wurde, dass in den meisten Ländern die Schulen bestimmte Ausgaben selbstständig regeln, z.B. für die EDV-Ausstattung, es aber in keinem Land eine komplette Autonomie gibt. Einzelheiten (englisch) unter

http://www.eurydice.org/ressources/eurydice/pdf/0_integral/090EN.pdf

8. Breitbandanschlüsse

Jeder Fünfte EU Bürger verfügt zurzeit über diese schnelle Datenverbindung. Dänemark, Finnland, die Niederlande und Schweden sind bei der Breitbandversorgung (über 30%) weltweit führend. Neun europäische Staaten – darunter Deutschland (Januar 2008 - 23,8% gegenüber 21,1% am 1.7.2007) verfügen im Januar 2008 über eine bessere Breitbandversorgung als die USA am 1.7.2007 (22,1%). Bei den höchsten Zuwachsraten wird die Aufholleistung Deutschlands, Irlands und Zyperns als „enorm“ besonders gewürdigt. Das sind die guten Nachrichten aus dem 13. Bericht über den Stand des Telekom-Binnenmarkts, der von der Kommission am 19.3.2008 vorgestellt wurde. Und nun die weniger gute Nachricht: Wenn es um den Abstand bei der Verfügbarkeit von DSL- und Kabelanschlüssen zwischen ländlichen Gebieten und dem Landesdurchschnitt geht, bildet Deutschland gemeinsam mit der Slowakei und Lettland das Schlusslicht. Die deutsche Fassung des Berichts - mit den Tabellen zur Breitbandversorgung EU-weit Januar 2008 und weltweit Juli 2007 auf Seiten 9 und 10 - unter

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomms/doc/library/annualreports/13th/com_2008_153_de_final.pdf

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/460&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Den vollständigen Bericht zur elektronischen Kommunikation 2007 unter

9. Beihilfen – Veröffentlichung

Die Empfänger von EU-Beihilfen werden veröffentlicht. Grundlage ist eine Verordnung der Kommission vom 19.3.2008. Danach sind bis April 2009 Einzelheiten zu den Empfängern von Zahlungen im Bereich der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums zu veröffentlichen. Es müssen der vollständige Name und der Wohnort des Empfängers auf den von den Mitgliedstaaten verwalteten Internetseiten veröffentlicht werden, die der breiten Öffentlichkeit anhand einer Suchfunktion ermöglichen, sich darüber zu informieren, wie viel Geld eine Person oder ein Unternehmen erhalten hat. Die Beiträge werden in Direktzahlungen an die Landwirte und andere Fördermaßnahmen aufgeschlüsselt. Im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums, wo eine Kofinanzierung stattfindet, werden sowohl die gemeinschaftlichen als auch die nationalen Zuschüsse angegeben.

http://ec.europa.eu/agriculture/funding/index_de.htm

10. Gewaltprävention

Termin: 22.4.2008

Das Programm DAPHNE III fördert Beiträge zur Bekämpfung der Gewalt gegenüber Kindern, Jugendlichen und Frauen. Das 11 Mio. Euro Programm übernimmt bis zu 80% der Kosten, jeweils bei Zuschüssen zwischen 75.000 und 200.000 Euro. Voraussetzung ist, dass sich um grenzüberschreitende Projekte (12 oder 24 Monate) mit mindestens einem weiteren Partner aus einem anderen Mitgliedstaat der EU handelt. Alle notwendigen Formulare und der Leitfaden für Antragsteller unter

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/daphne3/funding_daphne3_en.htm

11. Energie – Concerto

Das EU-Programm Concerto fördert Energieaktivitäten der Gemeinden. An erster Stelle stehen dabei eine über dem jeweiligen nationalen Ziel bzw. Durchschnitt liegende Energieeffizienz, sowie die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Die Ausschreibung des Programms wird voraussichtlich im April erfolgen. Die Einreichfrist für Anträge wird voraussichtlich zwischen Mitte September und Mitte Oktober 2008. Weitere Einzelheiten auf Englisch unter

http://concertoplus.eu/CMS/component/option,com_frontpage/Itemid,239

Weitere Hinweise zum Programm auf Deutsch unter

http://www.hannover.de/de/umwelt_bauen/energie/leitstelle_energie_klimaschutz/concert/

12. Internet

Frist: 28. Mai 2008

Die Kommission hat zu Vorschlägen für mehr Sicherheit im Internet aufgerufen. Für ein Programm „Mehr Sicherheit im Internet“ stehen 2008 insgesamt 13,11 Mio. Euro zur Verfügung. Es geht um Vorschläge, wie illegale Inhalte im Internet bekämpft und die Nutzung des Internets sicherer gemacht werden können. Die Antragsfrist endet am 28. Mai 2008, die Maßnahmen sollen dann zwischen März und April 2009 durchgeführt werden. Das Arbeitsprogramm („Work Programme 2008“) und der Aufruf („Call Announcement“) auch auf Deutsch (jeweils auf „de“ klicken) auf der englischsprachigen Internetseite

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/call/proposals/index_en.htm

13. Europäischer Frühling

Europa pur in den Schulen. Das ist der Kern der Aktion „Europäischer Frühling“, zu der Lehrer und Schüler aller Altersstufen zum sechsten Mal eingeladen sind, sich mit dem Thema Europa zu beschäftigen und vor allem mitzureden. Der Europäische Frühling findet in diesem Jahr von 25. März bis 30. Juni 2008 statt. Die Aktion ist in diesem Jahr in die Initiative „Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs“ eingebunden und versucht, unter Jugendlichen ein Bewusstsein für kulturelle Vielfalt zu schaffen. Einzelheiten unter

<http://www.springday2008.net/ww/de/pub/spring2008/about.htm>